

müssen in uns etwas haben, das so alt ist als das Leben und wie das Leben unaufhaltsam nach eigenem Gesetze waltet. Dies kann nur der alte Sinn unserer Rasse sein, das Angeborene, das in uns ohne uns, ja wider uns über uns gebietet, die ewige Gewalt unserer erbten Instincte. Diese sollen wir in Ehren halten; das innere Auge soll sich niemals von unserer Provinz abwenden.

Wir trachten „gute Europäer“ zu sein. Dabei ist uns manchmal bange geworden, weil rings nur Luft um uns war und wir nirgends stehen konnten. Fliegen können wir ja doch nicht. Nun ruft uns der Herold zu: „Stellt euch doch auf die feste Erde Eurer Provinz, Europäer!“ Sollen wir ihm folgen?

Sermann Vahr.

Die Woche.

Politische Notizen.

Da soll man einmal sehen, wie eine weise österreichische Regierung ihren Büßern ein Jubiläumsjahr zu witzeln versteht! Was würden die Regierungen in anderen Ländern thun, wenn sie ein großes historisches Jubiläum vor sich hätten? Geschichtsschreiber müßten historische Werke über das Gedenkjahr schreiben; Maler, Modellierer und Decorateure müßten mit höchster Anstrengung ihrer Kunst eine historische Ausstellung veranstalten, um den Staatsbürgern so recht einen anschaulichen Begriff von den Zuständen des zu feiernden anni dazumal zu geben. Das macht eine Riesearbeit, und der pädagogische Zweck wird dabei immer noch unvollkommen erreicht, da die meisten Staatsbürger nicht Phantasie genug besitzen, um sich Dinge vorzustellen, die sie selbst nie miterlebt haben. Wie anders und wie viel großartiger bei uns! Man fährt einfach zum Jubiläumsjahr so ungefähr die Zustände der zu feiernden Vergangenheit wieder in die praktische Wirklichkeit ein, und auch der beschränkteste Unterthanen-verstand bekommt eine lebendige Idee davon, wie es ungefähr vor 50 Jahren ausgesehen haben mag. Natürlich braucht man nicht die ganzen Zustände von 1848 zu reproducieren. Es genügen einige charakteristische Proben. Zum Beispiel: der geschichtsunkundige Staatsbürger jüngerer und mittlerer Generation kann sich heute den Reichsrath aus dem öffentlichen Leben gar nicht mehr wegdenken. Also wird einfach der Reichsrath von der Regierung wegpatentiert, man regiert 1898 thatsächlich ohne Reichsrath, und kein Staatsbürger wird mehr behaupten können, daß es ihm in dieser Beziehung schwer fielen, sich ins Jahr 1848 zurückzuversetzen. Oder: manche Leute wissen nicht mehr, wie das ist, wenn der Säbel regiert. Den Leuten kann jetzt geholfen werden. Sie brauchen nur nach Prag zu reisen, woselbst das Standrecht herrscht. Oder: starke Wirklichkeitsmenschen sind im Zeitalter des Volkes in Waffen bereits unfähig geworden, die gewissen Mißbilligkeiten zwischen Civil und Militär zu verstehen, die der Vergangenheit eigen waren. Eine Reise nach Graz kann ihrem Vorstellungsvermögen nachhelfen. Die Spießer gar würden die allseits gereizte Stimmung nicht mehr begreifen, die in jenen alten Tagen bestand. Dazu braucht man überhaupt keine Reise mehr, das findet heute schon jeder in seinem eigenen Städtle vor. Kurz, soweit man heute am Beginne des neuen Jahres urtheilen kann: das Jubiläumsjahr ist vortrefflich vorbereitet. Im Baron Gautsch haben wir einen eminenten Schulmann als Ministerpräsidenten vor uns, und der lebendige politische Anschauungsunterricht vom Jahre 1848, den er uns ertheilt, verpricht in der That — wenn's im Jahre 1898 stolt so weitergeht — eine ganz außerordentliche pädagogische Leistung zu werden: vom pädagogischen Standpunkte unvergleichlich mehr wert, als alle Bilderbogen, Spiritusflaschen und ausgestopften Thiere, welche den höchsten Trumpf der Pestalozzi-Jünger bilden.

Wie man einem Kind, wenn man ihm die Schere aus der Hand nehmen will, zur Ablenkung inzwischen eine Puppe in die Hand steckt, so will die Regierung für die Zeit der Reichsrathlosigkeit den Büßern, damit sie nicht schreien, recht lange Landtagssessionen gewähren. Das sind nämlich ganz ungefährliche parlamentarische Spielzeuge. Die Landtage können, wenn sie sich auch noch so sehr zusammennehmen, nicht einmal einen Statthalter stürzen, geschweige denn einen Minister. Das Budget können sie nur sich selbst verweigern, aber nicht der Regierung. Und wenn ein Landtagspräsident Dummheiten macht, — nun, so ernimmt die Regierung einen anderen.

Im galizischen Landtag trat der Landmarschall Graf Stanislaus Badeni mit großem Pathos für die Wiederherstellung der „historischen Rechte“ ein. Was die Familie Badeni speciell betrifft, könnte auch ich dafür zu haben sein. Denn nach dem „historischen Recht“ von Polen haben nur die historischen Adelsfamilien, wie die Czartoryskis, Sapiehas u. s. w., dieses Land mitzuregieren, nicht aber Emporkömmlinge wie die Badenis. Wird das „historische Recht“ in Galizien restituirt, so können die Badenis wieder werden, was sie in den historischen Zeiten gewesen sind: nämlich Köche. In diesem Beruf sollen sich übrigens die alten Badenis besser bewährt haben, als die jungen Badenis in der Politik.

Der auf dem Krakauer Verbrüderungsfest verkündete Kampf aller Slaven gegen die Deutschen verspricht schon jetzt einen gewissen Erfolg. Eine bestimmte Fraction der Deutschen dürfte bei diesem Kampfe entschieden draufgehen, das ist die deutsch-clericale Fraction. Wird aber vielleicht gerade den Krakauer Brüdern unangenehmer sein als den Deutschen.

Eine neue Anwendung der Provocations-Theorie: Der Bürgermeister von Werschowitz, Herr Alois Fanda, wurde durch die

reichen Warenvorräthe auf dem Prager Staatsbahnhof so arg provociert, daß er als strammer junggeschichtlicher Parteimann sich nicht enthalten konnte, einen Theil davon wenigstens in sein eigenes Magazin abzuräumen.

Herr v. Abrahamowicz verweist in seiner Berichtigung der Vorfälle bei der berühmten Prügelstrafe auf die Zeugnisaussagen verschiedener Majoritätsabgeordneter, die dabei gewesen sind. Wie wir hören, sind erforderlichenfalls noch zahlreiche Landsteuere und Parteigenossen des Herrn v. Abrahamowicz, die nicht dabei waren, bereit, die Wahrheit seiner Darstellung gerichtlich zu bezeugen.

Zwischen dem Baron Gautsch und dem Herrn v. Abrahamowicz finde ich eine Aehnlichkeit heraus. Sie sind beide juristisch genügsame Menschen. Ein jeder von ihnen begnügt sich nämlich mit einem einzigen Gesetzesparagraphen. Dem Baron Gautsch genügt der einzige § 14, um alles „streng verfassungsmäßig“ zu rechtfertigen, was er thut, und dem Herrn v. Abrahamowicz genügt der einzige § 19, um alles „streng wahrheitsgemäß“ zu berichtigen, was er und seine Freunde angestellt haben.

Volkswirtschaftliches.

Zu dem bekannten Uebereinkommen mit der Kaiser Ferdinands-Nordbahn ist der Regierung das Recht verliehen, der Gesellschaft jederzeit Tarifiereductionen vorzuschreiben, insofern die Tarife nicht unter das damals bestehende Staatsbahnen-Tarifbarème herabgedrückt werden, sie kann aber auch noch weitere Ermäßigungen fordern, insofern der Reingewinn des Unternehmens die Vertheilung einer Dividende von mehr als hundert Gulden zuläßt. Es ist auf Grund dieser Bestimmungen kürzlich eine neue Tarifiereduction vorgenommen worden, die sechste seit dem Bestande des Uebereinkommens, und bei dieser Gelegenheit wurde die interessante Thatsache offenbar, daß jetzt endlich der Kohlentarif der Nordbahn auf den Stand des Staatsbahnen-Barèmes herabgemindert worden ist. Nach der sechsten Tarifiereduction! Mit so viel Schonung macht die Regierung von den ihr zustehenden Rechten Gebrauch. Die Dividende der Nordbahn ist bekanntlich, von Jahr zu Jahr steigend, auf 149 $\frac{1}{4}$ fl. angelangt. Und jetzt endlich wird der Tarif für den wichtigsten Transportartikel der Bahn auf ein Niveau herabgesetzt, auf welches er seit Jahren hätte gestellt werden können und von welchem er angesichts der Höhe des Reingewinnes jederzeit weiter herabgesetzt werden kann. So sorgt die Regierung für die Nordbahn auf Kosten des Kohlenconsums, welcher durch Jahre den Nordbahn-Aktionären in der Tarifdifferenz eine ungerechtfertigte Rente bezahlt, die abzustellen ein kurzer Regierungserlass jederzeit genügt hätte.

In unermindelter Kraft hat während des abgelaufenen Jahres der Aufschwung von Industrie und Handel in den westlichen Ländern angehalten. Neue Gebiete werden für den Weltmarkt erschlossen und die großen Handelsstaaten drängen sich dazu, ihren Theil für die nationale Production zu erwerben. Am gewaltigsten ist der Aufschwung in Deutschland, wo die größten gewerblichen und technischen Anstrengungen der Industrie und des Handels am Weltmarkt ihren reichlichen Lohn finden. Oesterreich hat an dieser Bewegung keinen Theil gehabt. Der industrielle Aufschwung macht bei Bodenbach halt. Ackerbau, Handel, Kleinindustrie, zahlreiche Industriezweige, alles liegt in gleicher Weise darnieder. Nirgends wird Neues geschaffen, überall macht sich die mangelnde Zunahme der Consumtionskraft fühlbar. Der auswärtige Handel ist im Rückgang, die Eisenbahnen weisen Mindereinnahmen aus. Es kann auch nicht anders sein. Zu der ziellosen Verhergung der einzelnen Volksclassen gegeneinander, welche den Unternehmungsgeist lähmt, ist im verflossenen Jahre mehr als je die Verhergung der einzelnen Völker der Monarchie getreten. Die politische Zerfahrenheit hat nie einen solchen Grad erreicht. Der Mangel an wirtschaftlicher Intelligenz und Strebsamkeit der Bevölkerung und die Unfähigkeit der Regierungen sind sich gleichgeblieben. Die schlechte Ernte trat hinzu und zwang uns, bedeutende Mengen Getreides zu ungewöhnlich hohen Preisen aus dem Ausland zu beziehen. Nur die mit dem Kartellpanzer geschützten Industriezweige haben auch heuer ein günstiges Jahr zu verzeichnen. Aber auch in diesen Kreisen regt sich vielfach die Furcht, wie es ihnen ergehen wird, wenn sie in Ungarn mit der ausländischen Concurrenz unter gleichen Bedingungen zu kämpfen haben werden. Die Sorge um das künftige Verhältnis zu Ungarn lastet so drückend auf allen Gemüthern, daß es schwer fällt, über das Jahr 1897 zu referieren; denn die Gedanken haften nicht an der Gegenwart, sondern schweiften in die Zukunft zu den unabsehbaren Folgen, welche ein Scheitern des Ausgleichs mit Ungarn mit sich bringen wird.

Es wird die unflüchtige, nicht wieder gutzumachende Schuld des Cabinets Badeni bleiben, daß es nicht nur durch seine verkehrte innere Politik die parlamentarische Votierung des Ausgleichs unmöglich gemacht hat, sondern daß auch seine Verhandlungen mit Ungarn zu für Oesterreich so unglünstigen Vereinbarungen zwischen den Regierungen geführt haben, daß kein Parlament, keine Partei in Oesterreich dieselben acceptieren kann. Selbst wenn alle parlamentarischen Schwierigkeiten der Gegenwart hinweggeräumt werden, würde sich für diesen Ausgleich kaum eine Majorität im österreichischen Parlamente finden. Und es scheint angesichts der Zustellung, welche die Verhältnisse in Ungarn, und zwar wieder infolge der österreichischen Wirren, erfahren haben, schwer möglich, eine Revision der Ausgleichsgesetzentwürfe zugunsten Oesterreichs und eine ausgiebige Erhöhung der ungarischen Quote durchzuführen. Und so wird es immer wahrscheinlicher, daß der Ausgleich überhaupt nicht mehr erneuert wird. Viel wird dann darauf ankommen, wie lange sich die Errichtung von Zollschranken noch hintanhaltet, die gemeinsame Bank und Währung noch erhalten lassen werden. Vielleicht findet sich ein neuer Modus, der diese letzten Consequenzen noch um etliche Jahre verzögert. Je mehr aber auf beiden Seiten geschürt wird, desto unwahrscheinlicher wird eine Lösung, welche für längere Zeit den status quo aufrecht hält, ohne ihm die heutige staatsrechtliche Form zu geben. Ist aber einmal die Gemeinsamkeit der Bank aufgehoben, sind Zollschranken errichtet,